

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

293 (13.12.1896) I. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zwei Mal.
Abonnementpreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentin bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 3 Mark 50 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorauszahlung.

Radikale Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Hirschstraße 2.

Telephonanschluß Nr. 401.

Einzelgebühren:
Die 1/2paltige Kolonietabelle oder deren Raum 20 Pf., im Restamentheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte geliebene Einlagen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 293. I. Blatt.

Karlsruhe, Sonntag, den 13. Dezember

1896

Hierzu ein zweites Blatt.

Vom Tage.

Karlsruhe, 12. Dezbr.
Noch einiges von Herrn v. Tausch und seinen „Hintermännern“.

Da wissenschaftlicher Meinungsäußerung die Kommissar von Tausch, und zwar wie angekündigt wird, Anfang Januar, vor dem Schwurgericht erscheinen. Im Hinblick darauf geht in der Presse die Erörterung darüber, ob er „Hintermänner“ gehabt und wer sie gewesen sind, weiter. Die erbittertesten Gegner des Fürsten Bismarck im ultramontanen, sozialdemokratischen und auch im radikalen Lager weisen in mehr oder weniger bestimmten Andeutungen auf die „Bismarck-Clique“, wie die „Köln. Volksztg.“ sich ausdrückt, hin, wobei der Umstand bezeugt wird, daß v. Tausch geäußert hat, die amtliche Stellung des Herrn v. Marschall gegenüber dem Grafen Herbert Bismarck. Im Hinblick auf solche Erörterungen sprechen die „Hamb. Nachr.“ wiederholt den Wunsch aus, daß die „Hintermänner“ ermittelt werden möchten; das Blatt sagt u. a.:

Die „Kreuzzeitung“ beklagt es, daß in der Presse weiter nach „Hintermännern“ des Herrn v. Tausch gesucht werde, und fürchtet davon neue Beunruhigung. Das thun wir auch, glauben aber, daß das beste Gegenmittel darin besteht, daß von seiner Seite versucht wird, dem Forscher die, der sich der öffentlichen Meinung hinsichtlich der eigentlichen Urheber der ermittelten Intrigen bemächtigt hat, Gewalt anzutun. Es besteht nun einmal, gleichwohl mit welchem Rechte, in weiteren Kreisen der Eindruck, daß der Prozeß namentlich in seinem letzten Stadium nicht auf alle Fragen, die aufgeworfen waren, genügende Antwort gegeben habe, und man fragt sich, wie dies geschehen ist. Es ist ja möglich, daß man besteht um so weniger Grund, von einer weiteren Befragung mit der Frage der Hintermänner Nachteil zu erwarten. Auch wird es sich ja in dem bevorstehenden Prozeß Tausch zeigen, ob der Vertreter der Polizeikommission bei Anführung der Presseintrigen lediglich seinem eigenen Antriebe gefolgt ist, oder ob er irgend welche Hintermänner gehabt hat. Es ist anzunehmen, daß Herr v. Tausch, wenn ihm Verurteilung zu Buchstabe wegen eines Meineides droht, den er im Zusammenhang mit den Recherchen über die fraglichen Intrigen geschworen hat, zögern wird, die eigentlichen Anführer derselben zu nennen. Es hat also keinen Zweck, die Erörterung der Hintermännerfrage in der Presse abzuschneiden. Man erweckt damit nur den Anschein, daß wirklich etwas vorliege, und was nicht in der Öffentlichkeit kommen dürfte, und schadet dadurch der Sache, der man nützen möchte. Außerdem aber halten wir es für ein Gebot der Gerechtigkeit, daß kein Mittel, auch kein außergerichtliches, unangewendet bleibt, um festzustellen, ob Herr v. Tausch Hintermänner gehabt hat, oder nicht, und wenn ja, wer dieselben gewesen sind. Denn in einem Teil der Presse ist bereits ganz bestimmt Verdacht auf verschiedenen Seiten hin geäußert worden. So schreibt die „Köln. Zeitung“ unter der Überschrift: „Gemeingefährliche Intriganten“, „Herr v. Tausch habe unter dem Verdacht, seit dem Antritt Caprius die Intrigen gegen den Kaiser, Caprius, Marschall, Wötter geleitet zu haben; er dürfte dabei ein Werkzeug in der Hand eines gewichtigen Hintermannes sein; die Vermutung läge nahe, daß derselbe in einer der prominentesten Gruppen zu suchen sei; es würde zur Aufklärung des gemeingefährlichen Intrigantentums beitragen, wenn man öffentlich feststellen könnte, zu welcher der prominentesten Gruppen dieser Herr gehöre“. Wir teilen letztere Auffassung des kölnischen Blattes vollkommen und haben den Eindruck, daß nicht zu verabsäumen ist, um den Schuldigen, wenn ein solcher wirklich vorhanden ist, zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen, grundlos oder böswillig Verdächtigungen aber zu entlasten.

Mit mehr Gelassenheit könnten die schmerzlichen Angriffe der Bismarck-Feinde nicht abgefertigt werden!

Ueber die Persönlichkeit des Herrn v. Tausch selbst macht die „Nat.-Ztg.“ noch einige bemerkenswerte Mitteilungen, indem sie schreibt: „In dem Bilde, welches der Leser sich von dem Kriminalkommissar v. Tausch auf Grund der Prozeßverhandlungen und der inzwischen in die Öffentlichkeit gelangenen Mitteilungen macht, würde ein wesentlicher Zug fehlen, wenn man ihn nur nach seinen Absichten, nicht auch nach der Ausführung derselben beurteilen wollte. Ueber seine Gewissenhaftigkeit, seine Kunst in der Leitung von Komplotten, seine eiserne Stirn ist kein Wort weiter zu verlieren. Aber es scheint, daß er nur groß war im Intrigieren und andererseits ungeschickt und t äppisch, sobald er selbst thätig einzugreifen hatte. Zahllose Journalisten in Berlin können davon weitere Dinge erzählen. Viele, die sich so ungeschuldig wußten, wie neugeborene Kinder, erfuhr plötzlich zu ihrer Verwunderung, daß sie unter polizeilicher Bewachung standen. Niemand dauerte es lange, bis sie dahinter kamen, denn die Vigilanten des Herrn v. Tausch pflegten sich durch ihre Andringlichkeit auszuzeichnen. So wenig war v. Tausch mit dem Wesen der Publizistik und mit den in Berlin thätigen Journalisten bekannt, daß er sich oft an die besten Freunde der von ihm Verfolgten um Auskunft wendete. Komte es doch passieren, daß ihn einmal von einem also aufs Korn Genommenen bei einer zufälligen Begegnung — und wir führen es nur an, weil die Unterhaltung charakteristisch ist für die Art der Arbeit der politischen Polizei — gesagt wurde: „Herr v. Tausch, darf ich Ihnen einen Dienst erweisen?“ Und auf die bejahende Antwort wurde ihm dann gesagt: „Ich empfehle Ihnen, andere Beamte damit zu beauftragen, mich zu beobachten; die jetzt hinter mir Herlaufenden keine ich schon; ich habe die armen Menschen nun schon zwei Tage lang spazieren geführt. Sagen Sie aber gleich den neuen Vigilanten, daß sie sich nicht erst beim Briefträger, beim Barbier und dem Portier des Nebenhauses erkundigen sollen, wie ich aussehe. Darf ich Ihnen zur Erleichterung der Arbeit gleich meine Photographie zur Verfügung stellen? Hier ist sie — neueste Aufnahme. Und noch eins: Sie wollen in der nächsten Woche Hausdurchsuchung bei mir halten lassen — auch das ist überflüssig; was Sie etwa von Ihrem Standpunkt aus für kompromittierend halten könnten, ist bereits fortgeschafft, und endlich interessiert sie sehr — bitte, es ist so — für wen und unter welchen Zeichen ich schreibe, hier ist die wahrheitsgetreue Liste.“ Herr v. Tausch verstand die Einprägung zu erheben, aber es blieb bei diesem Versuch. Er stand da wie ein hilfloser Knabe. Hatten doch nicht weniger als 20 verschiedene Personen immer sofort seinem Oberbateren rapportiert, was er über ihn zu erfahren wünschte. So ungeschickt er also trotz seiner Schlaubitz war, so unversprochen war er andererseits. Seine Menschenkenntnis ließ es zu, daß er sich, als ob gar nichts vorgefallen wäre, schlicht wieder an denjenigen um Auskunft wendete, der ihn mit Dohn überzogen. Der Apparat, welchen er in Bewegung setzte, um hinter die einfachste Sache zu kommen, war ein gewaltiger. Seinen Sendungen merkte man an, daß sie nur Velen untergeordneter Natur waren, die über die ihnen aufgeworfene Frage hinaus keine Spur von Vorstellung von dem hatten, worauf es ankam. In Bezug auf diese Organisation des niederen

Dienstes ergibt sich für alle, welche in diese Dinge Einblick gewonnen, eine merkwürdige Uebereinstimmung mit der Unzulänglichkeit der Kriminalpolizei. Dinge, die hunderten von Personen bekannt und gar kein Geheimnis waren, blieben der politischen Polizei verschlossen. Herr v. Tausch selbst befaßte sich mit Nachfragen persönlich nur, wenn er dabei die Absicht hatte, entweder ein Skandalstück irgendwo ins Licht zu schmuggeln, oder wenn es sich um die „höhere Politik“ handelte. Was über seine finanziellen Verhältnisse gesagt wird, scheint an die Wirklichkeit noch nicht heranzureichen. Wie man hört, ist die Unternehmung gegen ihn über den Punkt, der unmittelbar zu seiner Verhaftung den Anlaß bot, ausgedehnt worden. Dabei mag sich ja dann auch herausstellen, inwieweit er auch ein Künstler im Verschweigen war, wenn es sich darum handelte, seinen Finanzen dadurch aufzuhelfen.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Dez.

(Schluß.)
Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.): Der Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine stehen meine Freunde sympathisch gegenüber. Es geht ja noch viele andere Arbeiter, nicht bloß Sozialdemokraten. Was die anderen Punkte betrifft, so haben wir diese bloß ausgesprochen, um das große Befreiungsbedürfnis nicht zu gefährden. Zudem wir sie ausgesprochen, haben wir auf die verbündeten Regierungen keinerlei Druck ausüben wollen. Wir haben keineswegs sagen wollen: Diese Befreiung sollte nun in absehbarer Zeit vorgelegt werden. Diese Befreiung sollte nun in absehbarer Zeit vorgelegt werden. Diese Befreiung sollte nun in absehbarer Zeit vorgelegt werden.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Absichten der Abg. v. Kardorff und v. Stumm sind doch durchsichtig genug darauf gerichtet, den Arbeiter nicht das Recht der Organisation erlangen zu lassen. Ebenso widersehen sich dieselben Herren einer einheitlichen Regelung des Jagd- und Fischereirechts lediglich um ihre feudalen Rechte zu sichern.

Abg. Schneider (Fr. Vpl.): Die auf die reichsgesetzliche Regelung der Rechte der Berufsvereine gerichtete Resolution ist im so bezeichneter, als die Lage dieser Berufsvereine durch die Gesetzgebung nach und nach verschlechtert worden ist.

Abg. Hüpeden (fraktionslos): Die Gegner der Berufsvereine suchen die Meinung zu erwecken, als ob die, welche für die Organisation der Arbeiter eintreten, den Staat unterwürdig. Man stellt die Christlich-Sozialen und die National-Sozialen den Sozialdemokraten gleich. Die Stellung des Freiherrn v. Stumm zu dieser Frage halte ich geradezu für gemeingefährlich. Ich hoffe, daß die Konserverativen sich durch die Nationalliberalen nicht werden beschämen lassen, und daß sie sich nicht in dem Fahrwasser des Freiherrn v. Stumm bewegen werden.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Er glaube nicht, daß die Einzelstaaten gewillt seien, ihre Gewerbegebung zu Gunsten der Reichsgesetzgebung aufzugeben. Die Ordnung der Gewerbevereine werde ausschließlich den Sozialdemokraten zu gute kommen.

Abg. Schall (konj.): Die Angriffe Hüpedens auf die konserverative Partei sind unbedeutend. Wir gönnen dem Arbeiter durchaus eine Berufsorganisation, teilen aber die Meinung, daß die Sozialdemokratie daraus ein Werkzeug für ihre Zwecke machen würde. Wir protestieren dagegen, daß wir im Fahrwasser des Herrn v. Stumm schwimmen. Wir sind eine selbständige Partei und besitzen unser Programm. Wir hoffen, daß den Arbeitern ein Licht aufgehen wird, wo ihre wahren Freunde sind.

Abg. Marquardsen (nat.-lib.): Die Einschränkung und Deutung, die der Abg. Bennigsen der Resolution gegeben hat und die besonders eine schablonenmäßige reichsgesetzliche Regelung ausschließen, sollte es uns allen möglich machen, für die Resolution zu stimmen.

Abg. Hüpeden (fraktionslos): Ich habe mich nicht von der Konserverativen Partei abgewandt, sondern diese hat sich von mir entfernt. Von Ihnen aus fiel der erste Schuß gegen die Christlich-Sozialen. Es geschah nur, weil mir seitens der früher freundschaftlich gesinnten Partei dreimal das Wort abgehandelt worden ist.

Der Antrag v. Kardorff auf Rückverweisung an die Kommission wird abgelehnt. Ueber die einzelnen Punkte der Resolution wird gesondert abgestimmt. Angenommen wird mit großer Majorität Punkt 1, Rechtsverhältnisse der Berufsvereine. Ebenso Punkt 2, reichsgesetzliche Regelung der Lohnverträge. Einmalig angenommen werden die weiteren Punkte angenommen. Nur bei dem Jagd- und Fischereirecht findet sich eine Minorität. Bezüglich des 8. Punktes (reichsgesetzliche Regelung des gesamten Wasserrechts) wird auf Antrag Fischbed beschloffen, das Wort „gesamt“ zu streichen. Die ganze Resolution wird sodann angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Auer, baldthunlich eine Novelle zum Gewerbegerichts-Gesetz vorzulegen, durch welche die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die Streitigkeiten aller Arbeitnehmer ausgedehnt wird.

Abg. v. Gumb (nat.-lib.): Die Ausdehnung der Gewerbegerichte dahin, daß es auch für die Schlichtung von Streitigkeiten bei den Hausindustriellen, Gefilde u. s. w. zuständig sein soll, ist bei der gegenwärtigen Verfassung deselben unmöglich. Das Gewerbegericht ist augenblicklich nur für die gewerblichen Arbeiter geschaffen.

Gch. Rat Wödtke: Ich kann mich nur den Ausführungen des Vorredners anschließen. Die Ausdehnung der Thätigkeit der Gewerbegerichte auf die Schlichtung von Streitigkeiten auch bei ländlichen Arbeitern und Gefilde ist unmöglich.

Abg. Spahn (Gr.): Auch wir sind der Ansicht, daß die Ausdehnung der Gewerbegerichte in der durch die Resolution angedeuteten Richtung sich nicht ermöglichen lassen wird.

Abg. Fischbed (Fr. Vg.): Meine Partei ist der gleichen Ansicht. Der Antrag Auer wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung über den Antrag Bachem, wonach die Vorlesung über das Bürgerliche Gesetzbuch des Mittelpunkts der privatrechtlichen Vorlesungen an den Universitäten bilden sollen.

Abg. Spahn (Gr.) erklärt, der Antrag solle keine Beschränkung der Zulassungsbedingungen enthalten. Sie sollen lediglich auf den Gesichtspunkt hingewiesen werden, daß das Bürgerliche Gesetzbuch in Zukunft den Schwerpunkt und Mittelpunkt des juristischen Studiums bilden muß.

Staatssekretär Nieberding: Ich kann den Worten des Vorredners nur zustimmen. Was die preussische Regierung betrifft, so hat sich dieselbe mit der Frage bereits beschäftigt und für die preussischen Universitäten klar gestellt. Was die anderen Landes-Universitäten betrifft, so wird, so weit es die Mitwirkung der Reichsregierung bedarf, diese gern bereit sein, im Sinne der Resolution, falls sie angenommen wird, für dieselbe zu wirken. (Beifall.)

Abg. Bennigsen (nat.-lib.) beantragt, daß die Resolutionsfassung dahin abgeändert wird, daß die Beiräte der Landes-Universitäten dahin umgestaltet werden. Der Antrag Bachem wird mit dieser redaktionellen Änderung einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich sodann am morgen 1 Uhr. Dampfersubventionsvorlage; wiederholte Abstimmung über den Antrag Fischbed. Anträge der Geschäftsordnungs-Kommission. Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 11. Dez. In der Angelegenheit des gegen die „Bank- und Handelszeitung“ eingeleiteten Ermittlungsverfahrens wegen der Meldung über den unterbliebenen Besuch des Baron in Friedrichsruh teilt das Blatt mit, der Chefredakteur habe als Verfasser sich selbst bekannt und unterm Eide versichert, daß weder Staatssekretär v. Marschall, noch das auswärtige Amt

direkt oder indirekt mit dem Artikel in irgend welchem Zusammenhang stehe. Infolge dessen werde dem Zeugniszwangsverfahren zunächst weitere Folge gegeben.

Berlin, 11. Dez. Der Herausgeber der „Internationalen Korrespondenz“ hat gestern über die auswärtige Thätigkeit des Polizeilagenten Norman-Schumann ein einziges veröffentlicht und u. a. mitgeteilt, daß ein Vertreter der politischen Polizei unter Berufung auf ein Schreiben, welches er an den Fürsten Bismarck zur Richtigerstellung seines abfälligen Urteils über die Streiter im Sommer d. J. gerichtet hätte, über ihn Erkundigungen eingezogen habe. In Bezug darauf schreiben die „Berl. Neuest. Nachr.“: „Dem gegenüber fällt uns eine Mitteilung ein, die uns im Frühjahr 1893 zugegangen wurde, die wir aber für unmaß und jedenfalls für unkontrollierbar hielten. Herr v. Tausch sei in Postuniform im Postwagen des Berlin-Hamburger Schnellzuges mitgefahren, um die nach Friedrichsruh bestimmten Briefschaften einer Revision zu unterwerfen. Nach allem, was in den letzten Wochen zu Tage gekommen, wäre es nicht unmöglich, daß v. Tausch oder seine Agenten dabei in Uniform eines Postbeamten fungierten und daß unerfahrene Postbeamte sich dadurch dupieren ließen; daß sie etwa unter den letzteren ihre „Vertrauensmänner“ haben, halten wir für ausgeschlossen. Vielleicht ist es der Mühe wert, diesen Punkt auf Grund der Äußerung des Herausgebers der vorgenannten Korrespondenz in dem Prozeß gegen Herrn v. Tausch klarzustellen.“

Berlin, 11. Dez. Die konserverativen Mitglieder der Lehrerbildungskommission des preussischen Landtags brachten in der heute Nachmittag begonnenen 2. Sitzung eine Resolution ein, die die Regierung zu eruchen, dem Landtage baldigst ein allgemeines auf christlich-konfessioneller Grundlage beruhendes Volksschulgesetz vorzulegen.

Stuttgart, 11. Dez. (Von Landtag.) Der seit Ende Mai vertagte Landtag ist heute wieder zusammengetreten, um noch vor Weihnachten eine kurze Session zu absolvieren. Eine sehr große Menge von Petitionen aller Art gelangte zur Verlesung und wird den einzelnen Kommissionen, welchen sie zugewiesen sind, viel Arbeit verursachen. Die an Stelle der während der Vertagung verstorbenen Abg. Glaser und Rapp gemäßigten Abg. Pfaff und Sommer wurden heute schon eingeführt und berichtigt. Die Beratung über einen Fall von behaupteter Impfstoff-Ächtung — das betr. Kind hatte nach der Impfung einen Ausschlag bekommen — zeigte wieder, wie groß noch immer die Zahl der Impfgegner in Württemberg ist. Obwohl der Minister des Innern an der Hand der Gutachten der in Frage kommenden Behörden konstatierte, daß der Impfstoff auf das peinlichste untersucht war, daß damit noch Tausende von Kindern geimpft worden sind, ohne Schaden zu nehmen, und daß das betr. Kind ganz wieder hergestellt ist, fanden sich doch von 80 Abgeordneten noch 38, welche den Fall der Regierung zur Kenntnisnahme mitteilen wollten. Nur mit 4 Stimmen Majorität wurde endlich beschlossen, über die Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 11. Dez. Der „Magyar Ujsag“ schreibt: Bisher gab es in Ungarn keine Partei, keine Fraktion, welche gegen die Dreibund Stellung genommen hätte. Jetzt zeigte sich zum erstenmale, daß die ultramontanen Bestrebungen, deren Vertreter diesmal Polonyi war, die Hamburger Enthüllungen gegen den Dreibund benutzen wollen, welcher u. a. auch die Integrität des ungarischen Staates sichert. Außer den Tschechen, Panfalschisten und Antisemiten gehören nunmehr auch die Grafen Ferdinand Zichy und Albert Apponyi, sowie Franz Kossuth zu den Feinden des Dreibundes. Jetzt stellt es sich erst heraus, welchen einschlägigen Dienst Baron Vassfy nicht nur dem ungarischen Parlaamente, sondern auch der auswärtigen Politik der Monarchie erwiesen habe, indem er durch die jüngsten Neuwahlen dem Lande Gelegenheit gegeben habe, die Opposition zu desavouieren; der Dreibund kann auf die unüberbrückliche Bundestreue Ungarns rechnen.

Italien.

Rom, 11. Dez. Ministerpräsident Rudini erklärte entgegen den Behauptungen auswärtiger Blätter dem Direktor der „Italia“ auf Betragen, daß er, als er 1891 im Amte war, keinen Vertrag mit Rußland unterzeichnet habe. Es habe sich damals darum gehandelt, die Beunruhigungen zu zerstreuen, welche die Erneuerung des Dreibundes Frankreich eingebläst hätte. Beunruhigungen, die bis zu der Revue von Kronstadt führten. Am 13. Oktober 1891 habe in Mailand zwischen dem russischen Minister des Aeußeren, Giers, und ihm eine Zusammenkunft stattgefunden. Es sei ihm gelungen, Giers von der Grundlosigkeit der zuvor erwärtigen Beunruhigungen zu überzeugen. Giers habe ihm in warmen Worten für seine offene Sprache gedankt, und die französische Regierung, welche von Giers unterrichtet wurde, habe sich beruhigt. Er, Rudini, habe seinen Zweck erreicht, der Erneuerung des Dreibundes den ihr mit Unrecht beigelegten bedrohlichen Charakter zu nehmen. Er habe nach Berlin und Wien über diese Zusammenkunft mit Giers Bericht erstattet und Graf Caprioli sowohl wie der österreich. Minister des Aeußeren, Graf Kalnoky, hätten ihm in warmen Worten Dank übermittelt. Das Gerücht, er habe Giers den Wortlaut des Dreibundvertrages mitgeteilt, erklärte Rudini für vollständig falsch, fügte aber hinzu, es würde keine Schwierigkeit haben, diesen Wortlaut zu veröffentlichen, vorausgesetzt, daß die Verbündeten sich darüber vorher verständigt hätten. Aber so lange ein Vertrag geheim bleibe, werde keiner der Vertragsschließenden eine Indiskretion begehen. Rudini schloß: Das Hauptinteresse Europas und besonders Italiens sei der Friede. Um denselben zu erhalten, bedürfe es keiner Geheimnisträuerei, sondern das Gegenteil thue nur, wie er es mit Giers gethan habe und wie er es weiter thun werde, so lange er im Amte sein würde.

Frankreich.

Paris, 10. Dez. Wie f. Z. gemeldet, ist der Vauk von Frankreich anlässlich der Erneuerung ihres Privilegiums die Verpflichtung auferlegt worden, dem landwirtschaftlichen Kredit-Erleichterungen zu gewähren. Mehrere Deputierte halten aber diese Erleichterungen für unzulänglich und werden den Antrag einbringen, daß der Staat ein besonderes landwirtschaftliches Kreditinstitut errichte und zwar mit Hilfe des unverzinslichen Vorschusses von 40 000 000 Frs., den die Vauk von Frankreich entsprechend den neuen Vereinbarungen dem Staate gewähren müsse. — Um das durch den Tod des Generals Jung erledigte Deputiertenmandat von Lille bewirken sich zwei Kandidaten: Lalou, ehemals Herausgeber der France, der wegen der gefälschten „Liste der 104“ zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war, und Millerey, der wegen seinen Beziehungen zu dem Fälscher Norton f. Z. sein Kammer-

mandat niederlegen mußte. — Eine sonderbare Kundgebung fand dieser Tage in Chenille, Dep. Maine et Loire, statt. Den dortigen Trappistinnen war infolge ihrer Weigerung, die Unfallssteuer zu bezahlen, von Gerichtswegen eine Kuh des kleinen Klostergebäudes verkauft worden. Es wurde nun eine Sammlung für eine neue Kuh eingeleitet und das dafür erstandene Tier wurde in festlichem Aufzuge nach dem Kloster gebracht. Diese Kundgebung erregte aber Anstoß bei den Antiklerikalen und sie empfingen und begleiteten den Zug mit den Rufen: „Nieder mit der Kuh! Es lebe die Republik!“ Zu ernstlichen Ausschreitungen kam es nicht.

Afrika.

Pretoria, 11. Dez. Eine Anzahl der Parteigänger des Obersten Blumer, die in Mafeking entlassen worden waren, hat die Grenze der Südafrikanischen Republik überschritten, um sich nach Johannesburg zu begeben. Die Leute waren in Uniform. Ihre Anwesenheit auf transvaal'schem Gebiet hat Erregung unter den Büren verursacht.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 12. Dez. Zu dem von uns mitgeteilten Artikel der „Nat.-Ztg.“ über die Erzbischofswahl sagt das „Bad. Tagbl.“:

Wir glauben zu wissen, daß von einer Niederlage der Regierung ebensowenig die Rede sein kann, wie von einer Resultatlosigkeit der Jagemann'schen Mission. Diejenigen, welche geglaubt haben, Herr v. Jagemann werde gleich mit der Ernennung des neuen Erzbischofs in der Tasche aus Rom zurückkehren, sind allerdings enttäuscht worden; aber sie sind nur deshalb enttäuscht, weil sie offenbar den Zweck der Sendung des Herrn v. Jagemann verkannt haben. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Messe des Herrn v. Jagemann nach Rom nicht resultatlos verlaufen ist, sondern den Weg zu einer für beide Teile befriedigenden Wiederbesetzung des vacanten erzbischöflichen Stuhles durch die Befreiung einiger Vorfragen, auf die von kirchlicher Seite Wert gelegt wird, gemeint hat. Der Verfasser des Artikels in der „Nationalzeitung“ überschätzt den Einfluß der Centrumpartei im Vatikan, wenn er von einem „Siege“ des Herrn Wader spricht. Daß Herr Wader noch lange nicht „gestiegen“ hat, weiß er selbst wohl recht gut und wird es dem Korrespondenten der „Nationalzeitung“ auf Wunsch wohl selbst bekähnen.

Leider sagt das „Bad. Tagbl.“ über den Charakter der Vorfragen, die in Rom besprochen wurden, gar nichts, und doch scheint uns gerade am wichtigsten zu sein, zu wissen, welcher Art diese Vorfragen sind.

Karlsruhe, 12. Dez. Wie die episcopale Ablehnung der Worte des Weihbischofs Dr. Knecht durch einen Teil der ultramontanen Presse auch außerhalb der liberalen Partei beurteilt wird, davon gibt eine derbe, aber wohlverdiente Lektion Zeugnis, die Herrn Wader, dem „Wobachter“ und dem „Freib. Boten“ vom Organ der konservativen Partei, der „Badischen Landpost“, zu teil wird. Das Blatt stellt zunächst den unsern Lesern bekannten Hergang der Sache dar: der von der „Karlsruh. Ztg.“ mitgeteilte Satz aus der Rede des Weihbischofs Dr. Knecht, daß der verordnete Fürst zu Fürstenberg stets ein guter Sohn der Kirche gewesen, der seinen kirchlichen Verpflichtungen gewissenhaft nachlebe, sei „natürlich nicht nach dem Geschmack der ultramontanen Blätter gewesen, die bekanntlich sagen: katholisch sein heißt: dem Herrn Wader gehorchen, Atheisten und Gegner der christlichen Volksschule ins Parlament bringen, Herrn Eisenlohr unbedingt Opposition machen, auf Bismarck schimpfen, den „Wobachter“ und den „Freiburger Boten“ lesen. Von allen diesen Dingen wollte der verordnete Fürst nichts wissen; er trat gegen dem Centrum als Reichstagskandidat entgegen; folch ein Mann kann unmöglich ein guter Sohn der Kirche sein und noch viel weniger kann dies der Herr Weihbischof Knecht gesagt haben.“ Von diesem Standpunkt aus habe der „Freib. Bot.“ die Mitteilung der „Karlsruh. Ztg.“ richtig als „aus der Luft gegriffen“ bezeichnet, worauf jedoch die „Karlsruh. Ztg.“ ihre Mitteilung „als vollkommen zutreffend“ aufrecht erhielt. Dann fährt das konservative Blatt fort:

Eine scheinlich unangenehme Geschichte das. So was — und aus dem Munde des Herrn Bischof Knecht! Der Mann muß abgesetzt werden. Man übertrage doch einfach dem Herrn Wader den Bischofsstuhl und dann kommen solche Sachen nicht vor. Der letztere Herr macht inzwischen herzbrechende Anstrengungen in „Bad. Wobachter“, um den „Freiburger Boten“ herauszubekommen; diplomatisch wie er ist, will er die Sache auf „Missverständnisse“ hinausdeckseln. Der Weihbischof, so meint Herr Wader, habe am Ende nur gesagt, der Fürst habe sich auf dem Sterbebette als treuer Sohn der Kirche gezeigt und seine katholischen Pflichten erfüllt. Elegant ausgedacht — aber auch das ist nicht ein Auge und Ohrenzeuge der Beidenfeier teilt der „Bad. Landesztg.“ mit, daß Bischof Dr. Knecht genau so gesagt habe, wie die „Karlsruh. Ztg.“ es berichtet und dann fortgesetzt sei: „Der Fürst bewies dies durch häufigen Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes, sowie dadurch, daß er die heiligen Sterbestandarten empfangen hat.“ Ferner erwähnt der Bischof u. a., der Fürst habe dem Dominikanerfrater Moabit, das durch zwei Patres vertreten war, wahrhaft kirchliche Gaben gesendet.“ Es ist also nichts zu machen, der verordnete Fürst wird von zünftiger Seite aus als „guter Katholik“ anerkannt, obwohl er nicht beim Centrum war. Das ist schmerzhaft für Herrn Wader und seinen Generalstab, aber ändern läßt sich's nicht.

So das konservative Organ, dessen Bemerkungen wir nur noch ein kurzes Wort bezüglich der „Missverständnisse“ beifügen möchten, auf die Herr Wader mit so herzbekrechender Anstrengung die Sache hinausdeckseln sucht. Als bekanntlich der Centrumsführer auf dem letzten Landtag ohne jeden Anlaß den Budgetpräsidenten Hug vor dem ganzen Saale in einer Weise brüskierte, daß es ein Skandal war und Herr Hug zuerst sein Mandat niederlegen wollte, da er sich nach Verlauf einiger Zeit im „Wobachter“ eine Erklärung, die Affaire habe auf einem „Missverständnis“ beruht. Ein „Missverständnis“ lag aber für das Land damals so wenig vor, wie heute, und wenn Herr Wader weiterhin in solcher Weise in „Missverständnissen“ macht, wird es ihm noch passieren, daß ihm eines schönen Tages überhaupt niemand mehr versteht. Und das müßte einen so klaren Kopf, wie Herr Wader einer ist, doch geradezu zur Verzweiflung bringen. In seinem eigenen Interesse möchten wir ihm darum rathen, in Dingen, die klar liegen, keine Missverständnisse mehr zu entdecken. Folgt er unserm Rath nicht, nun, dann um so besser. Der Krieg geht so lange zum Brunn, bis er bricht. Schon in seiner gestrigen Nummer muß der „Bad. Wobachter“ über „befreundete Blätter“ klagen, denen die Sache allmählich zu bunt wird.

Karlsruhe, 12. Dez. Während die Blätter der verschiedenen Parteien sich mit der dreifachen Belagerung der Worte des Weihbischofs Dr. Knecht in Rendingen durch den „Freiburger Boten“ beschäftigen, hat die demokratische Presse, speciell der „Bad. Landesbote“ von der Angelegenheit noch nicht einmal Notiz genommen, geschweige denn eine Kritik daran geübt. Und so etwas spielt den „Enttäuschten“, wenn man von der demokratischen Höflichkeit spricht! Freilich: Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Es wäre dem „Landesboten“ kaum möglich, seinem ultramontanen Vetter einen Vorwurf daraus zu machen, daß er offenkundig Gesprochenes dreist abtreibt, nachdem er, der „Landesbote“, erst gestern mit einer Unvorsichtigkeit fondergleichen die Aufhebung der „Bad. Landesztg.“ über das allgemeine Wahlrecht durch Unterdrückung des maßgebenden Satzes in ihr direktes Gegenstück verdrängt hat. Festgestellt soll aber das Verhalten des demokratisch-freimüthigen Organs doch auch in dieser Sache werden.

Karlsruhe, 12. Dez. Gegenwärtige Blätter regen sich sehr darüber auf, daß wir unsere Parteifreunde eingeladen haben, ihre zu vergebenden Arbeiten Gesinnungsgenossen zuzuwenden. Die Aufregung ist begründlich. Unsere Wegner kennen sehr wohl aus Erfahrung die Wirksamkeit des vorgeschlagenen

Mittels, und sie fürchten, nicht mehr im Alleinbesitze desselben zu bleiben. Wir kommen auf den Gegenstand zurück.

Manheim, 11. Dez. Wegen Unterschlagung von fremden Geldern wurde der verheiratete Gerichtsvollzieher Tröndle dahier, Vater von 7 Kindern, verhaftet. Tröndle hatte die Gelder in seiner amtlichen Eigenschaft einzutreiben, anstatt dieselben jedoch abzuliefern, behielt er sie für sich. — Heute Nacht, kurz vor 12 Uhr, brach in dem Anwesen des Kalksteinners Reinhard Feuer aus, welchem ein Schuppen zum Opfer fiel. Nach während des Brandes meldete sich ein vorige Woche von Herrn Reinhard entlassener Arbeiter namens Jakob Bollweiler aus Eppingen und erklärte, daß er das Feuer aus Mache angezündet habe. Er bereue jetzt seine That und stelle sich der Polizei, damit der Verdacht der Brandstiftung auf keinen Unschuldigen falle.

Rastatt, 11. Dez. Die Erneuerungs-Wahlen für den Bürgerausschuß sind nunmehr vollzogen; heute Vormittag wählten als letzte die Höchstbestenerten. Von 90 Wahlberechtigten erschienen 65 an der Urne. Der nationalliberale Vorschlag fand mit 64—62 Stimmen Annahme. Nunmehr sind noch zwei Ersatzwahlen am 14. und 16. Dezember vorzunehmen. Als Wahlcurium mag mitgeteilt werden, daß heute eine gedrückte Seele ihrem Schmerz über den liberalen Wahlsieg auf ihrem Wahlsittel, der die liberale Liste die durchstrichen aufwies, folgendenmaßen Luft machte:

Der Apostel schreibt an die Korinther: Behaltet die Liberalen nicht über den Winter — Denn sie sind das Futter nicht wert!

Baden-Baden, 11. Dez. Fürst Max Egon und Fürstin Irma zu Fürstenberg haben sich heute früh nach Stuttgart begeben, um sich daselbst den königl. Majestäten vorzustellen. Im Anschlusse daran wird ein Besuch bei den Kaiserl. Majestäten in Berlin erfolgen.

Achern, 10. Dez. Im Befinden des Herrn Delans Geißl. Max Lender, der sich kürzlich ein Geschwür am Hinterkopf operieren ließ, ist lt. „Freib. B.“ eine nicht unbedenkliche Verschlimmerung eingetreten.

Offenburg, 11. Dez. Die heutige Versammlung des Bürgerausschusses hatte über die Garnisonfrage Beschlüsse zu fassen und zwar erstens über die Weiterführung der Verhandlungen mit der Militärbehörde, zweitens über Erwerbung von Geländen. Bürgermeister Hermann legte in längerer Auseinandersetzung die bei Errichtung einer Garnison an die Stadt heranzutretenden Anforderungen und Aufwendungen dar und betonte, daß die Sache keine politische oder Parteifrage sei, sondern daß man prüfen müsse, ob die zu erwartenden Vorteile den aufzuwendenden Opfern entsprächen. Nach reiflicher Überlegung sei er und der Gemeinderath zur Ueberzeugung gekommen, daß man die Frage bejahen könne und es würden demgemäß die oben angegebenen Vorlagen des Gemeinderaths zur Beschlußfassung vorgelegt. Herr Muser erklärte, ebenfalls die Sache als eine nicht politische, sondern wirtschaftliche zu betrachten, vertrat aber die Ansicht, daß man mit dem Ankauf von Geländen warten solle, da man sonst der Militärbehörde gegenüber im Nachtheil sei und überhaupt diese Behörde nicht einseitig den andern vertragsschließenden Theil, die Stadtgemeinde, binden dürfe. Eine andere Ansicht sprach Herr Ged aus, der seit der letzten Wahl Mitglied des Bürgerausschusses ist. Er erklärte im Sinne seiner Wähler, vom proletarischen Standpunkt aus gegen eine Garnison sprechen zu müssen, da diese Klasse, die Arbeiter und viele der kleinen Gewerbetreibenden keinen Vorteil, sondern Nachtheil von der Garnison hätten. Auch bestrich er eine Beeinträchtigung der politischen Freiheit (V), Volkotierung von Wirtschaftlern etc. Eine andere Richtung der Meinung — demokratisch — in der Partei trat in der Person des Herrn Weder hervor. Dieser stimmte gegen die Garnison, da sie nur einem kleineren Teil der Einwohnerlichkeit Vorteil bringe. Eine Debatte entspann sich zwischen Bürgermeister Hermann und Muser über mit der Sache zusammenhängende Geldfrage. Der eine Führer der Centrumpartei, Anwalt Becher, erklärte ebenfalls, die Sache nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten zu wollen, und nachdem er über einen Punkt, die Höhe des für den Exercierplatz nötigen Aufwandes, Auskunft erhalten, stimmte er den Vorlagen bei, erklärte aber, durchaus keinen Einfluß auf seine Parteigenossen üben zu wollen. Von der liberalen Partei sprach Prof. M. A. für die Vorlagen, und nach einigen Bemerkungen anderer Mitglieder wurden die beiden Anträge des Gemeinderaths mit großer Mehrheit angenommen und damit ein bedeutsamer Schritt zur Erlangung der Garnison gemacht.

Tonauerschlingen, 11. Dez. Die Fürstin Karl Egon hat sich am 9. d. M. zu ihrem hochbetagten, gegenwärtig in Balenray (Departement de l'Indre) weilenden Vater begeben.

Aus Baden, 11. Dez. Mannheim. Der Strafenräuber Rickert, welcher vor etwa 3 Jahren den Sohn des Heinhändlers Ries von Wieselgheim beraubte und lebensgefährlich verletzte, sowie im hiesigen Amtsgefängnis einen Aufseher bei einem Fluchtversuche niederschlug, ist im Zuchthause zu Bruchsal gestorben. — Forstheim. Zu dem Neubau des Privatier Keller in der Holzgartenstraße fiel der 40 Jahre alte ledige Maurer Aug. Köpfer vom 4. Stock an der Giebelmauer nach außen herunter. Der Verdauungswert war sofort tot. — Germsbach. Sonntag Nacht nach 12 Uhr wurde der 19 Jahre alte Schlosser Karl Krämer im Streit mit dem 19 Jahre alten Tagelöhner Alfred Bettendorfer, dem 18 Jahre alten Mechaniker Wilhelm Kolb und dem gleichaltrigen Maurer Karl Kühn am Kopf durch Stiche gefährlich verletzt. Bettendorfer erhielt eine 5 Centimeter lange Schnittwunde am linken Arm durch Krämer. — Azenweiler. Landwirt Benz jr. in Ueberlingen wurde wegen Verdachts eines wissenschaftlichen Meineids verhaftet.

Schnafhausen, 11. Dez. In hiesiger Stadt wird gegenüber dem Bahnhof ein neues Postgebäude hergestellt. Es müssen zu diesem Zwecke eine Anzahl Gebäulichkeiten abgerissen werden, deren Ankauf eine nicht geringe Summe erforderte.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 12. Dez. Hofbericht. Die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen ist vorgestern von Stockholm abgereist und gedenkt am Sonntag bei ihren Eltern auf Schloß Baden einzutreffen. — Fürst Max Egon zu Fürstenberg hat E. K. H. dem Großherzog die Orden seines vereinigten Vatters, des Fürsten Karl Egon, zurückgereicht. E. K. H. hat bei diesem Anlaß dem Fürsten den Hansorden der Treue verliehen. — J. S. B. Die Großherzogin ist heute Vormittag 9 Uhr 33 Min. von Baden-Baden hier eingetroffen. — Prinz Max von Baden ist gestern Abend 5 Uhr 48 Min. nach Berlin abgereist.

Schn. Bildhauer. Gestern Nachmittag fand eine Besichtigung des von der Stadtgemeinde erbauten Bildhauers durch die Mitglieder des Bürgerausschusses statt. Das 3 Stockwerke zählende Gebäude, dessen Fassade in Maulbranner Sandstein mit Backsteinverblendung erstellt ist, liegt in der Scheffelstraße zunächst der Sophienstraße und dient den verschiedensten Zwecken der Wohltätigkeit. Gleich beim Eingange ist eine Warmwasser eingetrichtert, an welche sich die Räume der Volksküche, für Frauen und Männer getrennt, mit offener Veranda zum Speisen im Sommer, anreihen. Die geräumige Küche selbst ist mit den neuesten technischen Einrichtungen und Apparaten ausgestattet. Eine Treppe hoch befinden sich die Säle zur Unterbringung einer Kleinkinderschule und einer Kindertruppe mit einer großen gedeckten Veranda und entsprechenden Baderäumen etc., während im dritten Stockwerk größere Räume für eine Fortbildungsschule für Mädchen (Soffenschule) und die Wohnungen des Anstaltspersonals unter-

gebracht sind. Sämtliche Räumlichkeiten haben Licht und Luft in reichlichem Maße und sind bestens ventilirt. Hinter dem Gebäude befindet sich ein großer Hof, der als Spielplatz für die Kinder der Kleinkinderschule dient. Der Bau ist in einfacher, aber geübiger Weise ausgeführt und macht dem banleitenden Architekten, Herrn Stadtbaumeister Strieder, alle Ehre. Ein Mittagsessen, bestehend aus Suppe, Fleisch und Gemüse, kostet in der Volksküche 30 Pf., ein Nachtessen, bestehend aus Suppe, Fleisch und Salat 25 Pf. und eine große Tasse guter Kaffee mit Brot 10 Pf. Die Eröffnung des Bildhauers wird demnächst erfolgen, während die Einweihung zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen ist.

Rechtspflege.

Karlsruhe, 11. Dez. (Strafkammer I.) Bauführer Johann Dold aus Mühlburg beklagte in einer Postkarte den Maler Karl Lampert hier und mußte die Belästigung vor dem Bürgermeisterrat zurücknehmen. Um sich für diese Niederlage zu rächen, zeigte er am 2. Okt. 1896 den Lampert bei Großh. Bezirksamt hier an, dieser verlaufe unbefugter Straßenschilder. Die gemachten Erhebungen ergaben die Grundlosigkeit der gemachten Anzeige, weshalb gegen Dold Anklage wegen falscher Anschuldigung erhoben und er in eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt wurde. — Tagelöhner Karl Nied aus Karlsruhe, wegen Diebstahls in wiederholtem Rückfall angeklagt, wurde freigesprochen. — Die Firma Rosenbüch u. Cie. hier wurde am 21. Okt. 1896 von ihrem Hausvater Karl Friedrich Fuchs hier um 488 M. 79 Pf. befehlet. Fuchs, der zweimal wegen Diebstahls verurteilt ist, gelang heute zu, den im Bureau der genannten Firma stehenden Pult und die in diesem befindliche Kaffette erbrochen und das Geld weggenommen zu haben. Als er am 13. Nov. das Geld verbraucht hatte, schrieb er in München, wo er sich gerade befand, an die Polizeidirektion, man möge ihn verhaften, welchem Wunsch entsprechen wurde. Wegen schweren, im wiederholten Rückfall verübten Diebstahls erhielt er heute 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Exerzitur. — Der 17 Jahre alte Zimmergeselle Josef Schmidt aus Weiber bekam wegen schweren Diebstahls 6 Wochen Gefängnis, weil er seinem Arbeitgeber, in dessen Werkstätte er einstieg, ein Gewebe entwandte, damit er Spahen schließen könne. — Auf dem nicht gewöhnlichen Wege durch das Kellerfenster und den Keller begab sich am 18. Oktober 1896, abends zwischen 7/8 Uhr und 8 Uhr, der 3mal vorbestrafte Tagelöhner Wilhelm Braun aus Eggenstein in das Schlafzimmer der Karoline Jahraus in Eggenstein und nahm aus einem verschlossenen, mit einem Messer geöffnetem Schrank 40 M. weg. Unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft wurde Braun wegen schweren Diebstahls mit 6 Monaten Gefängnis bestraft.

Manheim, 11. Dez. (Strafkammer I.) Wegen Körperverletzung, begangen an einem Schüler, stand der 35 Jahre alte Hauptlehrer Jakob Sauer von Treßlingen vor Gericht. Sauer hat am 10. 11. und 13. April d. J. den 13jährigen Schüler Karl Ludwig Kraus durch Stoß und Faustschläge auf den Kopf, sowie durch Kröpfen an Ohr und den Haaren mißhandelt, weil der Junge die ihm vorgelesenen Kopfrechnungsaufgaben nicht lösen konnte. Infolge der Mißhandlung soll der Knabe heftig erkrankt sein, insbesondere an Kopfschmerzen gelitten und gelang oft ohne Bewußtsein dazulegen haben. Der in der heutigen Verhandlung als Sachverständiger gehörte Bezirksarzt Wippermann von Sinsheim war der Ansicht, daß durch die Einwirkungen auf den Kopf ein Mitegung aus dem Gehirn stattgefunden habe und dadurch die krankhaften Erscheinungen hervorgerufen worden seien. Die Mißhandlung sei zweifellos eine erschwerende Körperverletzung. Der zweite Sachverständige, Herr Professor Dr. Kraepelin-Heidelberg, urteilte in für den Angeklagten günstigerem Sinne; er hielt den zu der That gebrauchten Nothwehr nicht für ein gefährliches Werkzeug und erklärte die krankheitserscheinungen nicht für die Folgen einer eingetretenen Gehirnverletzung, sondern für hysterische Anfälle, die durch die Aufregung bei dem durch erblich Veranlagten hervorgerufen wurden. Wenn die Eltern die Sache nicht so schwer aufgefaßt und in dem Jungen nicht den Glauben erweckt hätten, daß es sich um ein ernstliches Uebel bei ihm handle, so wäre der Junge in 14 Tagen wieder völlig hergestellt gewesen. Ein Zusammenhang zwischen der Mißhandlung und den krankhaften Anfällen sei jedoch immerhin vorhanden. Das Gericht schloß sich dem Kraepelin'schen Gutachten an und erkannte gegen Sauer auf eine Geldstrafe von 50 M., eventuell 10 Tage Gefängnis.

Berlin, 11. Dez. Die beiden Direktoren der zusammengebrochenen Bank für Hypothek und Grundbillsverkauf, Harting und Müller, sind vom Schwurgericht wegen betrügerischen Bankrotts, Urkundenfälschung und Unterschlagung zu je 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Exerzitur verurteilt worden.

München, 10. Dez. Die erste Civillammer des Landgerichts München I sprach in der Ehecheidungsangelegenheit des Grafen Georg v. Larisch gegen seine Gattin Maria, geb. Freilin v. Wallersee die Ehecheidung aus. Die 3 ältesten Kinder verbleiben dem Grafen. Nach dem „M. Ztbl.“ ist die Ehecheidung des Grafen und der Gräfin Larisch auf der Basis erfolgt, daß sich Graf Larisch aus lauterermaßen Rücklicht für den schuldigen Teil erklären ließ und der Gräfin 12 000 M. Jahresrente aussetzte.

Amliche Nachrichten.

Der Großherzog hat den Landgerichtsrat Alfred Leiphelmer in Karlsruhe auf sein Ansuchen bis zur Wiederberufung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzt und dem Oberbetriebsinspektor der Pfälzischen Eisenbahnen, Ludwig Lagerbauer in Ludwigshafen, das Ritterkreuz 1. Klasse des Ordens vom Jarlinger Löwen verliehen. Finanzassistent August Armbruster in Gerbach wurde zum Amts- residenten ernannt.

Kunst und Wissenschaft.

Großh. Hoftheater. Als Weihnachtsvorstellung wird am Sonntag, den 20., wie bereits mitgeteilt, „Prinzessin Goldhaar“ auf die Scene gehen. Die Titelrolle spielt Fräulein Engelhardt. Am Dienstag, den 16., und Samstag, den 17., werden Wiederholungen des Lustspiels „Die goldene Eva“ stattfinden. Die Oper bringt am Donnerstag, den 17., „Die beiden Schützen“, am Freitag, den 18., „Die verkaufte Braut“. Für Anfang Januar liegt ein zwanzigmaliges Gastspiel der italienischen Primadonna Gemma Bellincioni in Aussicht. Die Künstlerin wird am ersten Abend in „Cavalleria rusticana“ und „Der Bajazzo“, am zweiten in „Carmen“ auftreten. Die nächste Wiederholung von Widenbruchs „König Heinrich“ wird am 29. Dezember stattfinden. Als nächste Neuheiten sind für den Januar sodann in Aussicht genommen: drei Hippitis Schauspiel „Wer war's?“ und Hermann Sudermanns Held „Einakter „Moritur“.

Verschiedenes.

Zum Untergang des Dampfers „Salier“. Der Schiffbruch fand 2 1/2 Seemeilen vom Festlande entfernt statt. Bei der furchtbaren Brandung war das Schiff bald auseinandergebrochen, so daß niemand gerettet sein dürfte. Der Dampfer hatte für 3 Millionen M. Werth nach Rio de Janeiro an Bord. Ueber das Schiff selbst wird berichtet: Dasselbe ist im Jahre 1875 von Carl in Hull nach dem Plane des bekannten Schiffskonstruktors C. Reed und nach speziellen Bauvorschriften des Nordd. Lloyd mit 7 wasserdichten Querschotten erbaut worden. Das Schiff erreichte infolge seiner vorzüglichen Bauart auf Grund eingehender Besichtigungen seitens der Experten des Germanischen Lloyd von dieser Gesellschaft die hohe Klasse von 95 M. L., welche im März d. J. nach erneuter Besichtigung bestätigt und auf weitere 4 Jahre verlängert wurde. Die besonders gute Beschaffenheit des Schiffskörpers veranlaßte den Nordd. Lloyd, im Jahre 1890/91 die inzwischen veraltete Compound-Maschine durch eine andere Klasse Expansionsmaschine von etwa 2300 indicierten Pferdestärken mit sämtlich neuen Kesseln zu ersetzen. Gleichzeitig wurde auch der Schiffskörper auf der West „Dulan“ in Slettin gründlich nachgesehen und einem zeitgemäßen Umbau unterzogen. Der Dampfer gehörte zu den leistungsfähigsten Schiffen des Nordd. Lloyd. Wegen seiner geringen Lastfähigkeit erwies sich der Dampfer jedoch für den Betrieb des Lloyd als nicht genügend nutzbringend, so daß beabsichtigt wurde, ihn nach der Fertigstellung der im Bau befindlichen Schiffe aus dem Betriebe herauszunehmen.

Kleine Mitteilungen. In St. Denis bei Paris brannte ein Teil der Aktienfabrik „Chantiers de la Loire“ nieder, wobei auch mehrere Feuerwehrenten verletzt wurden. Die Werke beschäftigten sich bis vor kurzem fast ausschließlich mit Turpedobau. zuletzt mehr mit

